

Ein gefährlicher Konfrontationskurs

Ulrich Weisser

Im Kaukasus sind nicht nur uralte ethnische und staatliche Rivalitäten wirksam, sondern auch sich zuspitzende ölbestimmte und strategische Interessengegensätze zwischen den USA und Russland. Der Konflikt hat Züge eines Stellvertreterkrieges. Die Russen wollen ihren über zwei Jahrhunderte ausgeübten Einfluss in der Region nicht verlieren. US-Militär-Basen an ihrer Südflanke sind für sie eigentlich nicht vorstellbar. Den USA wiederum dient Georgien als strategischer Brückenkopf am Kaukasus. Es ist ein wichtiges Transitland für Öl- und Erdgaslieferungen aus Aserbaidschan. Diese komplizierte politisch-strategische Situation, die zudem von Kriminalität und Drogenhandel überlagert wird, verlangt besonders kluge und umsichtige Politik, um Spannungen abzubauen und das regionale Gefüge zu stabilisieren.

Der georgische Präsident Micheil Saakaschwili verfolgt nicht eine solche Politik. Er gilt als unberechenbar und gebärdet sich als Statthalter amerikanischer Interessen in der Region; seine Streitkräfte werden von US-Ausbildern trainiert und ausgerüstet. Saakaschwili will sein Land in die NATO führen. Er setzt darauf, dass er bei seinem konfliktträchtigen Kurs gegenüber Russland vom Westen und vor allem von den USA unterstützt wird. Im medialen Windschatten der Olympischen Spiele in Peking, auf die der Blick der Weltöffentlichkeit gerichtet war, hat Saakaschwili georgische Streitkräfte in einer überraschenden Offensive am 8. August 2008 den größten Teil Südossetiens

besetzen lassen, ein Massaker unter der Bevölkerung angerichtet und russische Blauhelmsoldaten getötet. Es war klar, dass Moskau nicht zulassen würde, dass zahlreiche russische Staatsbürger vertrieben und ermordet wurden und Südossetien seine Teilautonomie verliert. Die militärische Antwort Russlands ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Moskau entsandte mehrere Panzerbataillone der 58. Armee nach Südossetien und verstärkte diese Truppen mit Luftsturmmeinheiten, die mit Flugzeugen zugeführt wurden. Das georgische Abenteuer endete damit für Saakaschwili im Fiasko.

Der georgische Präsident ist mit seiner Offensive gegen die nach Unabhängigkeit strebende Provinz Südossetien zwar ohne militärischen Erfolg geblieben; er konnte jedoch die Propagandadimension des Konfliktes mithilfe der USA und einiger osteuropäischer Staaten weitgehend für sich besetzen. Deutsche Medien waren in der Einseitigkeit ihrer Berichterstattung oft kaum zu überbieten; manche taten so, als ob der georgische Präsident mit der Auslösung des Konfliktes gar nichts zu tun hätte. Zwar ist das Konzept des georgischen Präsidenten nicht aufgegangen, Amerika, Europa und die NATO militärisch in seinen Streit mit Russland zu verwickeln; die Krise hat aber hinreichend Potenzial, die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ernsthaft zu belasten, wenn jetzt nicht durch kluge Diplomatie mäßigend auf die Beteiligten eingewirkt und rasch eine politische Lösung gefunden wird.

Die Entwicklung in Georgien zeigt die verhängnisvollen Konsequenzen einer amerikanischen Politik, die seit Längrem darauf ausgerichtet ist, den eigenen Einfluss in Osteuropa und Asien zu stärken, die NATO dafür zu nutzen und dabei auf russische Befindlichkeiten keine Rücksicht zu nehmen. Diese Politik verbindet sich auf unselige Weise mit der von obsessiver Russlandphobie getriebenen Politik der Balten und Polens. Solange die Öffnung der NATO auf mittel-osteuropäische Staaten beschränkt blieb, hat Moskau keine Einwände geltend gemacht. Die erste empfindliche Schwelle wurde mit der Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO überschritten.

Riskante Richtung

Die vor allem von den USA favorisierte weitere Ausdehnung der NATO auf die Ukraine und Georgien hat Moskau alarmiert und den Eindruck Russlands verstärkt, planmäßig umzingelt zu werden. In Europa führt Polen mit scharfer anti-russischer Rhetorik die Gruppe der Staaten an, die für einen raschen NATO-Beitritt dieser beiden Staaten sind. Auch die Stationierung von Komponenten des nationalen US-Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien belastet die Beziehungen zu Russland. Die Unterzeichnung der polnisch-amerikanischen Vereinbarung auf dem Höhepunkt der Georgienkrise war mehr als unsensibel. Wenn beim Raketenabwehrsystem russische Sicherheitsinteressen nicht ausreichend berücksichtigt werden, wird es zu folgenschweren Verwerfungen in den Beziehungen zu Russland kommen. Mit dem Raketenabwehrschirm wird immerhin die russische nukleare Zweitschlagfähigkeit beeinträchtigt. Der russische Außenminister Lawrow hat dies bei seinen Gesprächen in Warschau am 11. September 2008 deutlich gemacht; er konnte aber feststellen, dass die polnische Regierung nun doch bemüht ist, die Beziehungen zu

Moskau zu stabilisieren. Russland sieht sich nicht nur strategisch herausgefordert, sondern auch durch die USA in seinen Möglichkeiten behindert, zentralasiatisches Öl nach Europa zu liefern. Georgien gehört für Washington zur amerikanischen Einflusssphäre und hat als Partner strategische Bedeutung. Die USA haben versucht, den Bau einer Leitung zum Transport russischen Öls vom bulgarischen Hafen Burgas bis zur griechischen Ägäis durch politischen Druck auf Griechenland zu verhindern.

Es ist seit Langem absehbar, in welche gefährliche Konfrontation zu Russland die NATO geraten wird, wenn Georgien mit seinen labilen demokratischen Strukturen, mit einer unberechenbaren Führung und ungelösten Territorialproblemen in die NATO aufgenommen werden würde. Daher haben die Bundesregierung und andere europäische Regierungen beim letzten NATO-Gipfel in Bukarest dem heftigen US-Begehr widerstanden, eine entsprechende Gipfelentscheidung mitzutragen. Die georgische Offensive, die gewiss nicht ohne Wissen der amerikanischen Regierung ins Werk gesetzt worden ist, hat bewiesen, wie richtig die vorsichtige Haltung der meisten weitsichtigen westeuropäischen Regierungen zum NATO-Beitritt Georgiens war und ist. Russlands Reaktion ist mithin vor dem Hintergrund einer über lange Zeit aufgebauten Verärgerung zu verstehen; die militärische Aktion in Georgien war überzogen, allerdings auch provoziert.

Die nun mit militärischen Mitteln geschaffene Lage wird wohl zur Konsequenz haben, dass Südossetien nicht wieder in den georgischen Staatsverband zurückkehren und eventuell die Vereinigung mit Nordossetien suchen wird – eine Perspektive, für die wir Deutschen mit unserer Erfahrung als lange geteiltes Land eigentlich Verständnis haben müssten. Die vom georgischen Präsidenten

initiierte Krise im Kaukasus und die russische Überreaktion sind inzwischen kein regionales Problem mehr. Die Krise hat sich verselbstständigt. Es geht jetzt um die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland. Die NATO steuert einen Konfrontationskurs gegenüber Moskau; dieser Kurs birgt Gefahren, die in keinem Verhältnis zu den Erwartungen Georgiens an die NATO stehen. Wenn der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski im Zusammenhang mit der Georgienkrise verlangt, NATO und EU sollten mit „allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ die Initiative gegen Russland ergreifen und gegen dessen „imperialistische und revisionistische Politik in Osteuropa zurückschlagen“ – dann riskiert er nicht nur eine nachhaltige Beschädigung der Beziehungen zu Russland, sondern auch den Frieden in Europa. Die Scharfmacher in der NATO haben durchgesetzt, dass die Sitzungen des NATO-Russland-Rates suspendiert sind – eine Maßnahme, die Russland nicht einmal verlangt hat, als Amerika den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak begonnen hat.

Vereiste Beziehungen

Der NATO-Russland-Rat war seit seiner Gründung am 27. Mai 1997 und seinem Ausbau im Jahre 2002 darauf angelegt, die Öffnung der NATO für neue Mitglieder durch eine strategische Partnerschaft der Allianz mit Russland abzufedern. Die NATO und Russland haben gemeinsam in der Gründungsakte festgestellt: „Der Ständige Gemeinsame Rat wird das wichtigste Forum für Konsultationen zwischen der NATO und Russland in Krisenzeiten [...] Zusätzlich zu den ordentlichen Sitzungen finden außerordentliche Tagungen des Rates statt, um in Notsituationen umgehend Konsultationen zu ermöglichen.“

Der russische NATO-Botschafter hat eben diese Konsultationen mit dem Beginn der georgischen Offensive gefordert.

Die USA haben eine Sitzung des Rates jedoch unmöglich gemacht; die NATO hat Terminprobleme vorgeschoben. In ihrer außerordentlichen Sitzung am 19. August 2008 haben die NATO-Außenminister beschlossen, die Konsultationen im Rat zu suspendieren. Damit hat die Allianz ihren Dialog mit Russland eingestellt und sich selbst der Möglichkeit beraubt, mit Moskau über eine vernünftige Lösung der Krise zu beraten. Wie nicht anders zu erwarten, hat die russische Regierung auf diesen unfreundlichen Akt sofort reagiert und am 20. August 2008 ihrerseits die gesamte militärische Zusammenarbeit mit der NATO eingestellt – ein Verhalten, das absolut voraussehbar war, denn Moskau hat immer auf Aktionen, die dort als gegen Russland gerichtet angesehen werden, sofort mit Gegenmaßnahmen reagiert. Im Übrigen ist die einseitige Aussetzung von Konsultationen in den Mechanismen des Rates überhaupt nicht vorgesehen. Besonders pikant ist die Entscheidung des NATO-Rates, in Tiflis zu tagen – natürlich ohne den russischen NATO-Botschafter.

Der deutsche Außenminister war offenkundig betroffen über den Kurs der NATO und hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der NATO-Russland-Rat „kein Schönwetter-Rat“, sondern gerade für Krisenlagen geschaffen worden sei. Es fragt sich allerdings, warum die Bundesregierung den gefährlichen Kurs der Allianz mitträgt, die Beziehungen zu Russland zu vereisen. Auch wenn klar ist, dass Russland in Georgien überreagiert hat und seine Truppen rasch aus Georgien zurückziehen muss, hätte darüber besser mit Russland in der NATO gesprochen werden sollen. Die USA, Großbritannien, Polen und die Balten haben das Bündnis auf einen gefährlichen Kurs gebracht, der für Europa nichts Gutes verheißen. Russland wird offenkundig falsch eingeschätzt.

Unsere Gesamtlage hat sich durch die Georgienkrise und das unzureichende

Krisenmanagement der NATO verschlechtert. Die Lage ist ohnehin prekär; denn der Kampf gegen Terrorismus und radikalen Islamismus ist nicht gewonnen; die Gefahr kultureller Konflikte wächst; in Afghanistan zeichnet sich ein Fiasko ab, wenn es nicht zu einer grundlegenden Änderung der Strategie kommt; die iranische Nuklearproblematik ist nicht unter Kontrolle; Israel ist am meisten bedroht und zugleich in der Versuchung, sein Heil in einer militärischen Lösung zu finden. Der Nahe und Mittlere Osten sind die krisenträgtesten Regionen der Welt und bedeuten für Europa eine ständige strategische Herausforderung. Zentralasien hat alle Ingredienzen für Krisen und Konflikte: immense Energievorräte, vielfache ethnische Gegensätze, korrupte Regime, islamische Fundamentalisten und ölbestimmte Gegensätze der Weltmächte. Wer die Lunte an dieses Pulverfass legt, kann nur verlieren. Georgien rasch in die NATO aufzunehmen bedeutet nichts anderes.

Die Georgien in Aussicht gestellte Mitgliedschaft wirft für die NATO gravierende Probleme auf; denn das Bündnis hat im Gegensatz zu Russland im Grunde kein vitales Interesse an Georgien; niemand ist bereit, ernsthaft zu erwägen, bei einer Verschärfung der Krise Truppen nach Georgien zu entsenden. Eine NATO, die zwar die Absicht hat, ein Land aufzunehmen, aber wohl doch nicht bereit ist, dieses Land dann auch zu verteidigen und dabei einen Weltkrieg mit Russland zu riskieren, verliert ihre Glaubwürdigkeit. Es stellt sich daher die Frage, ob es wirklich im Interesse der heutigen Mitglieder der Atlantischen Allianz ist, Georgien die Mitgliedschaft anzubieten. Die Beziehungen der Allianz zu Russland haben sich in den letzten Jahren durch das wenig kooperative Verhalten der NATO immer mehr verschlechtert. Wir brauchen aber Russland – für politische Lösungen auf dem Balkan, im Iran, im Nah-

ost-Konflikt und vor allem für Energiesicherheit; wenn Russland weiter vom Westen vernachlässigt oder planmäßig ausgegrenzt wird, ist abzusehen, dass es seine asiatischen Optionen schneller wahrnimmt, als uns lieb sein kann.

Deutsch-russische Partnerschaft

Deutsche Interessen gebieten, in dieser Lage einen anderen Kurs zu steuern und dabei durchaus in Kauf zu nehmen, im Gegensatz zur Bush-Administration und zu einigen unserer Nachbarn im Osten zu stehen, also im Gegensatz zu denjenigen, die sich immer mehr als treibende Kraft für den Konfrontationskurs erweisen.

Angesichts der Verwerfungen im Verhältnis der NATO zu Russland und des notwendigen Versuchs, den Dialog mit Moskau aufrechtzuerhalten, sollten wir uns von deutschen Interessen leiten lassen. Deutsche Interessen als Grundlage unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik müssen entschlossen vertreten werden. Unsere nationalen Interessen sind nicht mit europäischen Interessen gleichzusetzen. Im Gegenteil: Sie bestimmen die Haltung und das Handeln Deutschlands in allen wichtigen internationalen Organisationen, vor allem in der Europäischen Union und in der NATO. Und auch Europa muss künftig stärker seine eigenen außen- und sicherheitspolitischen Interessen definieren. Es muss der natürliche Vorreiter in den Beziehungen zu Russland werden, statt einer amerikanischen Agenda zu folgen.

Im Vordergrund deutscher Interessen stehen die Möglichkeiten unserer wirtschaftlichen Entfaltung, das transatlantische Verhältnis und die Beziehungen zu Russland. Dabei bildet die Europäische Union den wichtigsten Handlungsrahmen für deutsche Außenpolitik. Deutschland definiert seine Interessen national, kann sie aber häufig nur europäisch durchsetzen. Das deutsche Interesse an einem freien Welthandelssystem ist für die

Handelsmacht Deutschland, für die größte Exportnation der Welt, ohne signifikante Energie- und Rohstoffreserven vital. Die transatlantische Bindung zwischen Europa und Amerika ist unersetzlich; denn der Westen kann in einer unruhigen Welt nur gemeinsam überleben. Aber nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation stehen Europa und auch Deutschland für die USA nicht mehr strategisch so im Vordergrund; und auch Europa ist nicht mehr so abhängig von den USA. Europa als Ganzes oder einzelne Mitglieder der EU müssen von Fall zu Fall abwägen zwischen dem Nutzen und Schaden einer Loyalität zu den USA, wenn Amerika einen gefährlichen Weg einschlägt, der nicht im deutschen oder europäischen Interesse ist. Beim Krieg der USA gegen den Irak wurde das überdeutlich.

Das deutsche Interesse an einer gelebten strategischen Partnerschaft mit Russland ist nicht allein davon abhängig, ob mit Russland auch eine Wertegemeinschaft zu erreichen ist. Russland ist europäische und asiatische Großmacht mit weltweiten Interessen und Möglichkeiten. Deutschland ist Mittelmacht, aber europäische Zentralmacht – zentral in seiner geografischen Lage, zentral in seiner Bedeutung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der EU, aber auch für die Kohäsion der NATO. Daraus resultiert eine besondere Verantwortung, aber auch die Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Prozesse. Russland wickelt mehr als die Hälfte seines Außenhandels mit der EU ab, und innerhalb der EU ist Deutschland wichtigster Wirtschaftspartner Russlands. Für die deutsche Energiewirtschaft ist Russland auf Jahre ohne Alternative. Die immer wieder ins Feld geführte Befürchtung, dass sich keine allzu große Abhängigkeit von russischen Energielieferungen ergeben darf,

ist ebenso irreführend wie grundlos. Schließlich liefert Russland seit über fünfzig Jahren ohne jede Beanstandung und hat sich als äußerst verlässlicher Partner der deutschen Energiewirtschaft bewährt – im Kalten Krieg ebenso wie danach.

Deutschland muss allerdings die innenpolitische Entwicklung Russlands mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und hat ein Interesse an Meinungs-, Presse- und Vereinigungsfreiheit in Russland – dies ohne in antirussische Reflexe zu verfallen, wenn diese Entwicklung nicht so rasch verläuft wie von manchen erwartet wird. Russland ist ein Staat mit eigenem Entwicklungsweg, dessen fortdauernde kulturelle Verankerung in Europa im deutschen Interesse liegt. Die Durchsetzung deutscher Interessen erfordert einen ständigen Abgleich zwischen den Interessen einerseits und den Chancen und Risiken andererseits. Deutsche Sicherheitsinteressen sehen sich heute mit einer Lage konfrontiert, die von Unsicherheiten ungekannten Ausmaßes geprägt ist – durch Gefahren der nuklearen Proliferation, durch demografische Entwicklungen, durch Migration, Klimawandel und schwindende Energiereserven, durch labile Strukturen von Staaten und Institutionen, durch regionale Krisen wie in Georgien, aber auch durch die Schattenseiten der Globalisierung – mit internationalem Terrorismus, organisierter Kriminalität und asymmetrischen Bedrohungen.

Die Georgienkrise hat überdeutlich gezeigt, dass es in unserem Interesse liegt, dem Imperativ zu folgen: Frieden und Stabilität in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland. Deutschland hat eine gewichtige und verantwortungsvolle Aufgabe, die NATO und auch die EU auf einem Kurs zu halten, der diesen Imperativ nicht infrage stellt.